

paperpress

.....Newsletter.....

Impressum: paperpress – Kommunalpolitik – Jugend – Wirtschaft – Kultur. Gegründet am 7.4.1976. Gründer und Herausgeber: Ed Koch. Chefredakteur: Chris Landmann (verantwortlich für den Inhalt), Fotoredaktion: Lothar Duclos. Träger / Verlag / Vertrieb / Druck: Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V., vertreten durch den Vorstand Ed Koch und Chris Landmann. Postanschrift: Paper Press, Postfach 42 40 03, 12082 Berlin. Web: www.paperpress.org (Textarchiv) / www.paperpress-newsletter.de (Newsletter-Archiv) / Telefon: (030) 705 40 14 Fax: 705 25 11 – Leserschriften, Be- und Abbestellung des Newsletters und der monatlichen Druckausgabe: E-Mail: post@paperpress.org – Nachdruck honorarfrei mit Quellenangabe. Der Newsletter wird kostenlos zugestellt. Alle Newsletter-texte auch auf www.paperpress.org. Die Druckausgabe erscheint monatlich. Preis für die Zustellung: 20 Euro jährlich.

Nr. 501 E

6. Januar 2014

39. Jahrgang

Reaktionen

Strafzahlungen

paperpress 501 A und D – 05.01.2014

Schön, dass Sie das so geschrieben haben. Es war der gleiche Gedanke, den ich auch hatte beim Lesen des Artikels in der Morgenpost. Es leiden nicht die Abgeordneten, es leidet auch nicht Frau Demirbüken, es leidet auch nicht Herr Igel - Sie haben Recht, es leiden die „Adressanten“ und das sind die Bürger jedes Bezirkes. Igel konnte ich verstehen, weil letztlich dieses „Personalentwicklungskonzept“, das er vorlegen sollte, auch zu Lasten des Jugendamtes ging. Das hat ja dann auch zu den Brandbriefen ohne Folgen geführt. Aber er blieb der Letzte, der sich dagegen gewehrt hat. Alle anderen Bezirke haben sich geduckt und was geschrieben.

Nunja, Nolte ist eigentlich nicht auszuhalten, war ja mal jugendpolitischer Sprecher..... Andererseits nehmen die Politiker die Ausschüsse nicht ernst, kommen auch wirklich nicht pünktlich und antworten mitunter mit Banalitäten. Also der Ausweg aus dem Dilemma? - Ich weiß es auch nicht, aber Geldstrafen für die nachgeordneten Verwaltungen ist der absolute Unsinn.

Wolfgang M.

Pofalla

paperpress 501 C – 05.01.2014

Wie weit ist unsere Gesellschaft eigentlich verdreht. Da wird also quasi über ein Berufsverbot von Menschen diskutiert und keinem fällt es auf. Wer bezahlt eigentlich die 18 Monate oder 5 Jahre Wartezeit bis ein ausgeschiedener Politiker wieder arbeiten darf, wenn er es will? Auf diese Art entledigen sich die mittelmäßigen einer Konkurrenz. Welcher klar denkende Mensch bewirbt sich denn um ein politisches Spitzenamt, wenn er nach seinem Ausscheiden auf dem richtigen Abstellgleis steht.

Rainer B.

Pofalla: Was interessiert mich mein Geschwätz von gestern (besser: vom 12.12.2005!!! Hamburger Morgenpost)

„Der neue CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla hat das geplante Engagement von Ex-Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) im deutsch-russischen Ostsee-Gaspipeline-Unternehmen heftig kritisiert. In einem Gespräch mit der Deutschen Presse-Agentur verlangte

Pofalla am Montag zugleich neue Verhaltensregeln für ausgeschiedene Regierungsmitglieder, um ähnliche Fälle in Zukunft zu verhindern. «Gerhard Schröder richtet mit seinem Einstieg in das Unternehmen erheblichen Schaden an», meinte Pofalla. «Noch vor Monaten hat er sich als Kanzler für das Pipeline-Projekt stark gemacht - jetzt kassiert er von denen, die von seinem Einsatz profitiert haben. Es ist ein erstaunlicher Vorgang, dass ein deutscher Bundeskanzler schon Wochen nach seinem Ausscheiden die Reputation seines früheren Amtes für eine kommerzielle Tätigkeit nutzt. Das Vertrauen darauf, dass ein früherer Kanzler weiß, was sich gehört und er auch im Nachhinein seinem Amt schuldet, hat Gerhard Schröder gründlich zerstört. Schröder geht es nicht um Gas - es geht ihm um Kohle!» ... «Jetzt kommen wir an einer rechtlichen Regelung wohl nicht vorbei: Es ist offensichtlich eine Illusion zu glauben, dass der Appell an politischen Anstand alleine ausreicht, um solche Fälle zu verhindern», sagte Pofalla weiter. «Ich könnte mir eine Art Selbstverpflichtung von Regierungsmitgliedern vorstellen, für die Zeit nach Ausscheiden aus dem Amt sich geschäftliche Rücksicht aufzuerlegen. Auch Karenzzeiten halte ich für vorstellbar.»

Klaus-Uwe B.

Anmerkung:

Archive und gutes Gedächtnis sind manchmal wirklich toll.